Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 93 (2013)

Heft: 1004

Artikel: An die Lokalisten aller Länder...

Autor: Hoffmann, Christian P.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-736989

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FREIE SICHT

An die Lokalisten aller Länder...

Christian P. Hoffmann
ist Assistenzprofessor für Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen und Forschungsleiter am Liberalen Institut.

Die helvetischen Abstimmungsvorlagen zu Beginn des Jahres 2013 bieten reichlich Anlass, sich einige grundsätzliche Gedanken zu machen – jenseits der Abstimmungsresultate. Die Abzocker-Initiative greift in die Rechte der Aktionäre ein. Das neue Raumplanungsgesetz entmündigt Landbesitzer und Bauherren. Der Familienartikel reguliert das Privatleben der Bürger.

So stellen sich die Vorlagen jedenfalls für jene dar, die eine konsequente freiheitliche Sicht einnehmen. Man merkt die Absicht und ist verstimmt. Die Vorlagen sind symptomatisch. Denn sie zeigen: In der politischen Debatte verläuft mittlerweile regelmässig eine Scheidelinie entlang der bürgerlichen Freiheitsrechte. Die einen verteidigen die Rechte des Individuums gegen staatliche Übergriffe, die anderen fordern mehr Durchgriffsmöglichkeiten einer starken öffentlichen Hand.

Die Debatte zwischen Staat oder Privat, Markt oder Befehl ist richtig und wichtig, ja notwendig. Quer dazu verläuft jedoch eine weitere Front – nicht weniger wichtig, aber weitgehend jenseits der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Konfliktlinie liegt hier zwischen gross oder klein beziehungsweise zwischen unten oder oben.

Schauen wir mit dieser Optik erneut auf die Vorlagen.

Unabhängig von der Frage, ob der Staat für Boni und Managerlöhne zuständig sein sollte: Warum muss dies ausgerechnet Bundesbern bestimmen? Warum sollen nicht unterschiedliche Regeln in Basel, Zürich und Genf gelten? Schnell würde sich erweisen, welche Gesetze zu den besten Resultaten führen – Minder, Anti-Minder, Status quo oder etwas völlig Neues.

Es wäre Zeit für eine Bewegung, die sich politische Kleinheit auf die Fahnen schreibt.

Unabhängig von der Frage, ob der Staat den Bürgern vorschreiben sollte, was sie mit ihrem Grund und Boden zu tun haben: Warum müssen sich alle Gemeinden und Kantone der Schweiz denselben Massstäben unterwerfen? Offensichtlich weisen die Walliser andere Präferenzen auf als die Zürcher. Schon die «Zweitwohnungsinitiative» führte zu der absurden Situation, dass Bewohner von Stadtkantonen jenen der Bergkantone ihre Bauvorschriften diktieren.

Und die Familienförderung: Warum sollten im Tessin dieselben Spielregeln der Kinderbetreuung oder Elternförderung gelten wie in Schaffhausen? Und wenn wir schon im Tessin sind: Warum ist die Frage, ob in Kneipen geraucht werden darf, um welche Uhrzeit eingekauft oder ab welchem Alter Alkohol getrunken werden darf, in allen Gemeinden der Schweiz einheitlich zu beantworten?

Jüngst wurde beschlossen, die Altersfreigabe von Kinofilmen schweizweit einheitlich zu bestimmen. Bis anhin verfuhren die Romands freizügiger mit der Darstellung nackter Körper im Film, die Deutschschweizer bewiesen eine grössere Toleranz für gewalttätige Actionszenen. Unterschiedliche Kultur, unterschiedliche Bestimmung: War diese bürgernahe Lösung so schlecht?

Die politische Debatte um bürgerliche Freiheit oder staatliche Macht mag heute stark zuungunsten der freiheitlichen Seite verlaufen. Aber immerhin wird sie noch geführt! Der politischen Auseinandersetzung um Vielfalt oder Einheit dagegen ist längst der Atem ausgegangen. Gerade in der föderalen Schweiz, der einstigen Hochburg von Kantonssouveränität und Gemeindeautonomie, ist das eine Tragödie. Denn es war der Nonzentralismus, der die Schweiz zu einem so erfolgreichen Experimentierfeld intelligenter Lösungen für kollektive Probleme werden liess.

Was im Kleinen für die Schweiz zutrifft, gilt auch im Grossen für den europäischen Kontinent. In der Europäischen Union stehen die Zeichen auf Harmonisierung, Zentralisierung, Gleichmacherei. Wer vom EU-Standard abweicht, kommt in die nationalistische Schmuddelecke. Dabei war die politische Kleinteiligkeit und Vielfalt Europas die Grundlage von Aufklärung, industrieller Revolution und gesellschaftlichem Fortschritt.

Es wäre Zeit für eine Bewegung, die sich die politische Kleinheit auf die Fahnen schreibt. Eine Partei, nicht links oder rechts, nicht liberal oder sozialdemokratisch. Einfach für Bürgernähe, Vielfalt und Experimente. Föderalisten, Regionalisten und Lokalisten aller Länder, vereinigt euch! Nein, falsch: Enteinigt und vervielfältigt euch! ‹